

# MEDIENSERVICE

**Weg mit unnötigen  
Kosten für Bürokratie,  
Energie und Löhne -  
Leistung in den Fokus!**

**Unternehmen entlasten, heißt Wirtschaft entfalten und heißt auch, den Staat stärken**

**Linz, 20. Jänner 2025**

## **Ihre Gesprächspartner:**

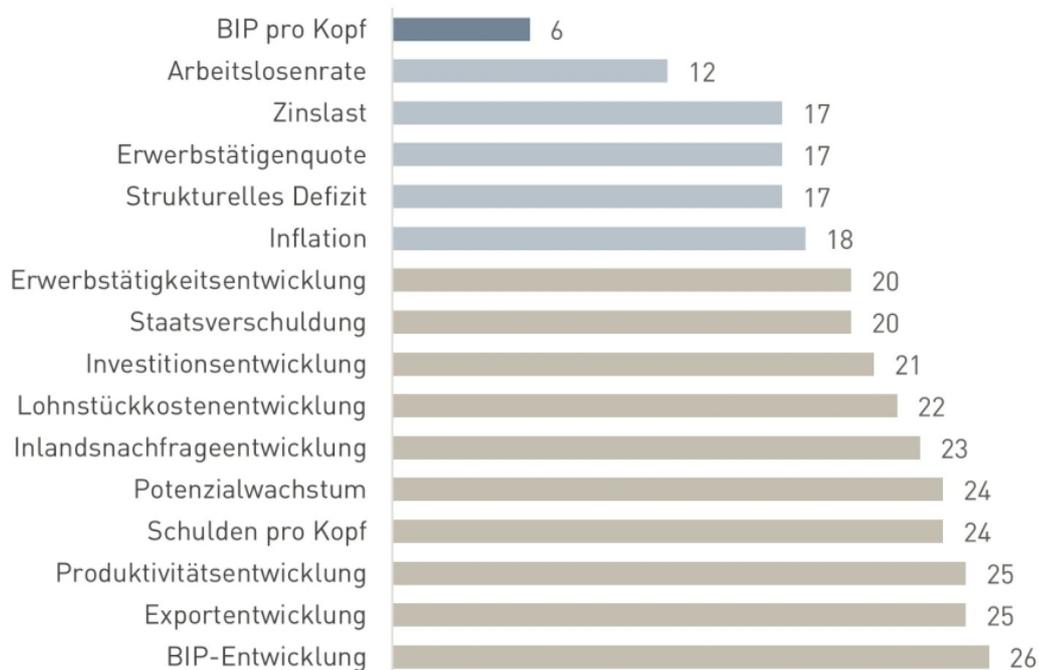
**Mag.<sup>a</sup> Doris Hummer**  
Präsidentin der WKO Oberösterreich

**Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD**  
Direktor Österr. Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)

## Wirtschaftsstandort Österreich fällt zurück

Der Standort-Check der WKÖ analysiert regelmäßig den heimischen Wirtschaftsstandort Österreich anhand ausgewählter Schlüsselindikatoren. Das aktuelle Update, basierend auf der jüngsten Prognose der EU-Kommission, zeichnet ein besorgniserregendes Bild: Österreich verliert im EU-Vergleich weiter an Boden. Das Jahr 2024 hat Österreich mit der voraussichtlich zweitschwächsten BIP-Entwicklung in der EU abgeschlossen. Auch bei zentralen Indikatoren wie Investitionen, Exporten und Arbeitsproduktivität gehört das Land zu den Schlusslichtern der Union. Hinzu kommt ein fortschreitender Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, unter anderem verursacht durch einen überdurchschnittlich starken Anstieg der Lohnstückkosten.

### Österreichs Rang im EU-Vergleich im Jahr 2024



Quelle: Europäische Kommission, eigene Berechnungen.

**Fazit:** Eine allmähliche Konjunkturerholung soll 2025 leichte Verbesserungen bringen, doch dämpfen strukturelle Schwächen die Aussichten. Um Österreichs Wachstumspotenzial zu heben, sind neben angebotsseitigen Entlastungen, wie einer spürbaren Senkung der Lohnnebenkosten und langfristig wettbewerbsfähigen Energiepreisen, auch gezielte Investitionsanreize zu setzen. Mit Blick auf die Außenwirtschaft lässt sich mit einer Fokussierung auf neue Wachstumsmärkte der Export stimulieren. Ausgangspunkt ist in jedem Fall ein stabiles politisches Umfeld. Die Herstellung von Erwartungssicherheit wird eine der zentralen Aufgaben einer neuen österreichischen Regierung sein.

## WKOÖ-Präsidentin Mag.<sup>a</sup> Doris Hummer Mit Turbos für Leistung und Eigenverantwortung kann 2025 noch ein gutes Jahr werden

„Trotz der schwierigen konjunkturellen Lage sind der Taten-  
drang und die Zuversicht bei den Wirtschaftstreibenden in  
Oberösterreich ungebrochen. Genau diese Leidenschaft brau-  
chen wir, damit es mit der Wirtschaft schnell wieder bergauf  
geht. Die Politik hat es jetzt in der Hand, diese große unter-  
nehmerische Energie effizient zu befeuern,“ kommentiert  
WKOÖ-Präsidentin Doris Hummer die aktuellen Regierungsver-  
handlungen.

„Was uns sicher alle in Österreich eint, ist die Forderung nach  
einem Abbau der Bürokratie und nach einer Entlastung des  
Faktors Arbeit. Davon profitiert jeder Einzelne von uns, der als  
Arbeitgeber oder als Arbeitnehmer tagtäglich ehrliche Lei-  
stung bringt. Österreich muss aber auch international wieder  
wettbewerbsfähig werden, denn wir haben uns als Wirt-  
schaftsstandort mit überzogenen Maßnahmen auch selbst aus  
dem Markt gepreist.“

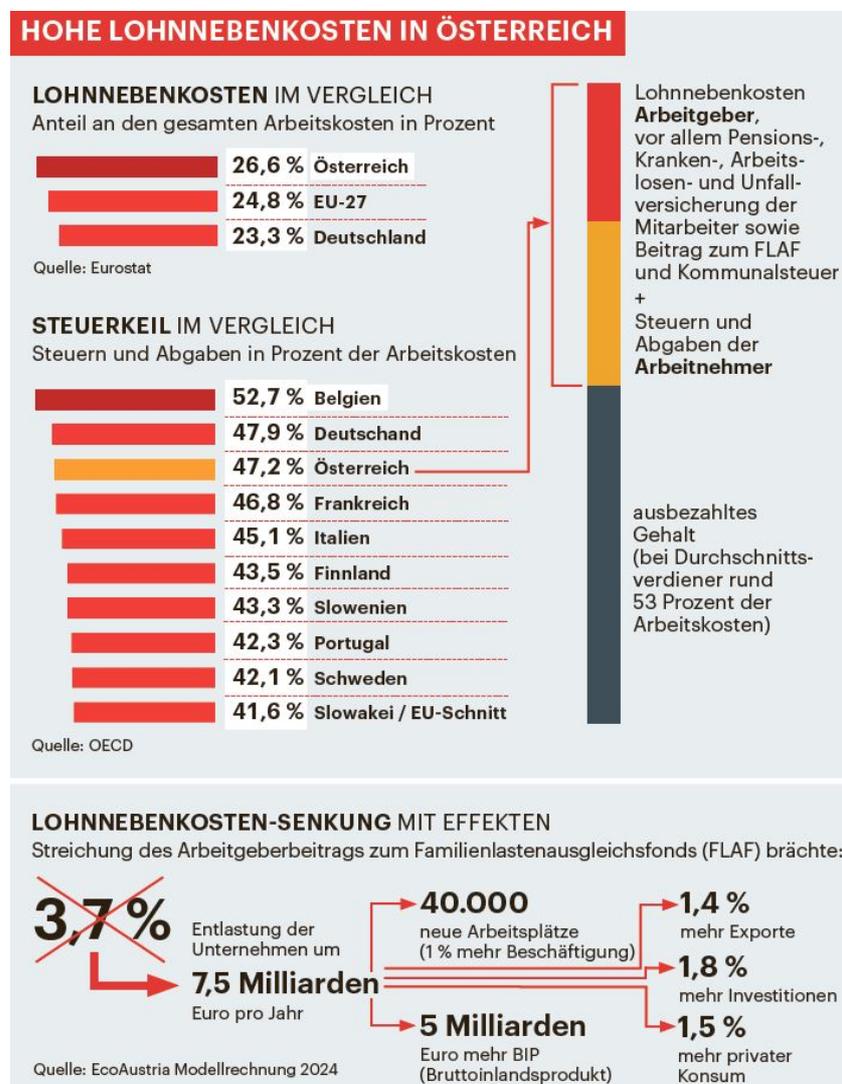
Natürlich steht fest: Seit 2020 ist Vieles nicht mehr planbar.  
Die Corona-Krise, der Ukraine-Krieg, der Riss der Lieferketten  
und die Energie-Krise haben die ganze Welt in den Grundfes-  
ten erschüttert. Nicht jeder Ausweg, der national und interna-  
tional eingeschlagen wurde, war zu Ende gedacht. Trotzdem  
ist die Stimmung unter den Unternehmerinnen und Unterneh-  
mern in Oberösterreich gut, wie eine aktuelle Umfrage zeigt.  
Die große Mehrheit hofft jetzt für das Jahr 2025 aber auf eine  
echte Trendumkehr, endlich raus aus der Rezession!

Aus Sicht der WKOÖ-Präsidentin schwingen in dieser positiven  
Grundstimmung auch die interessenpolitischen Erfolge mit, die  
seit 2020 trotz aller Krisen geschafft wurden: „Die Reform der  
RWR-Card, die Senkung der Körperschaftssteuer um zwei Pro-  
zent, die Erhöhung des Gewinnfreibetrags, die neue Prämie  
für Meisterprüfungen und nicht zuletzt das Ende der KIM-  
Verordnung waren richtige Schritte. Den Weg dafür geebnet  
hat die laute Stimme der Wirtschaftskammer, die als Interes-  
senvertretung einer Minderheit von weniger als zehn Prozent  
an der Gesamtbevölkerung auch laut sein muss. Unter dem  
Motto: Hartnäckigkeit setzt sich durch.“

## Kein Staat ohne Leistung und Eigenverantwortung

Unternehmerinnen und Unternehmer zeichnet aus, dass sie Chancen schnell erkennen, vertretbare Risiken nicht scheuen und ihre Produkte laufend verbessern. Sie empfinden Stillstand als Rückschritt. Doris Hummer: „Dieses ‚Mindset‘ haben aber leider längst nicht mehr alle Bürger unseres Landes. Zu viele wollen vergessen, dass sie auch selbst Leistung und Eigenverantwortung zeigen müssen, um unserer Wohlstandsgesellschaft zu erhalten. Es gibt keinen Vollkasko-Staat, der jedem sein Recht auf Wohlstand garantiert.“

### Strukturreform im Steuersystem nötig!



Die Abgabenquote beträgt in Österreich mehr als 43 Prozent. Das ist der dritthöchste Wert in der EU. „Wenn den arbeitenden Menschen netto so viel weniger als anderswo bleibt, schlägt sich das negativ auf die Leistungsmotivation nieder,

verhindert Firmengründungen und blockiert Investitionen. Betriebe wandern ins günstigere Ausland ab, denn Österreich ist schlicht zu teuer geworden. Die Steuerlasten können nicht mehr durch Produktivitätssteigerungen kompensiert werden. Mit anderen Worten: Wir sind nicht mehr um das besser, was wir teurer sind“, klagt die WKOÖ-Präsidentin. „Wir brauchen dringend eine Strukturreform in unserem Steuersystem.“

**Reduktion der Abgabenquote** auf unter 40 Prozent. Mehr Nettolohn durch die Entlastung des Faktors Arbeit (Senkung des Arbeitslosen- und Unfallversicherungsbeitrages, der Lohnnebenkosten bei Älteren bzw. Pensionisten sowie der Übertragung sämtlicher Familienleistungen an die öffentliche Hand).

**Einführung einer 20-Prozent-Pauschalsteuer (Flat Tax)** auf Zuverdienst in der Pension und auf Überstunden. Es werden keine Sozialversicherungsbeiträge abgezogen, und es gibt keine Nachversteuerung am Jahresende.

## Bürokratieabbau und Deregulierung

Die Zeit, die Unternehmen mittlerweile für die Abarbeitung der Bürokratie aufwenden müssen, ist enorm. Für KMU beträgt sie rund 20 Stunden wöchentlich, für EPU ist es ein halber Arbeitstag pro Woche. Dass muss anders werden!

- Österreich braucht einen Anti-Bürokratie-Anwalt, der bestehende und neue Gesetze mit Hausverstand prüft
- Für jede neue Bürokratie-Pflicht müssen zwei bestehende Pflichten gestrichen werden

## Energiekosten brauchen Grenzen

Die Energiepreise, die seit Jahresbeginn noch volatiler geworden sind, dürfen Österreichs Weg aus der Krise nicht gefährden. Die WKOÖ fordert daher von der Politik langfristige Entlastungen und eine verlässliche Strategie, um die Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität der heimischen Wirtschaft zu sichern. „Wir brauchen eine gerechte und planbare Energiepolitik, die den Unternehmen Luft zum Atmen lässt und Raum für Investitionen und Wachstum schafft“, so Doris Hummer.

## Investitionen für Innovationen

Innovationen sind der maßgebliche Treiber einer robusten Wirtschaft. Sie müssen daher gezielt angereizt werden. Dafür braucht es Kapital und wettbewerbsfähige Energiepreise mit einer gesicherten Energie-Infrastruktur.

Doris Hummer: „Ich plädiere für eine vorzeitige Abschreibung für Anlagen (AfA) bzw. höhere Investitionsfreibeträge. Besonders wichtig ist auch, die Forschungsprämie KMU-tauglich zu machen.“

## Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD Ökonomische Effekte der Sozialpartnerschaft mit besonderem Blick auf die Wirtschaftskammer

Das WIFO legt eine neue Studie zum Zusammenhang zwischen Wirtschaftskammer und der wirtschaftlichen Performance in Österreich vor. Nachdem das WIFO bereits in den Jahren 2014 und 2018 die österreichische Sozialpartnerschaft<sup>1</sup> näher beleuchtet hat, widmet sich die aktuelle Arbeit des WIFO neben den Effekten der Sozialpartnerschaft insgesamt auch den Effekten der vielfältigen Aktivitäten der Wirtschaftskammer.

Die Wirtschaftskammer (WKO) als eine der tragenden Säulen der Sozialpartnerschaft bietet eine Vielzahl von Strukturen und Dienstleistungen an, wobei das **Lohnverhandlungssystem** eine Kernkompetenz darstellt. Im Vergleich der 36 OECD-Mitgliedsländer zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen einem hohen Organisationsgrad von Unternehmen und Arbeitnehmer:innen und dem Arbeitsmarkt: Koordinierte und dezentralisierte Lohnverhandlungssysteme wie in Österreich, das sich auch durch eine Pflichtmitgliedschaft von Arbeitnehmern und Unternehmen auszeichnet, gehen mit einer hohen Beschäftigungsquote, einer geringeren Lohndispersion und einer niedrigeren Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen, einher. Auch die Pro-Kopf-Produktivität ist in dieser Ländergruppe höher und über die Branchen hinweg homogener als in unkoordinierten Systemen (z.B. UK, USA, Luxemburg).

Die Einflussgröße des Organisationsgrades der Arbeitgeber:innen auch auf die **wirtschaftliche Leistungsfähigkeit** einer Volkswirtschaft wurde in einem weiteren Schritt mit linearen Panelregressionen für die 36 OECD-Länder quantifiziert. Die Regressionen bestätigen zwar nicht in allen Fällen einen positiven Einfluss auf die makroökonomischen Größen, zeigen aber einen positiven Effekt eines steigenden Organisationsgrades der Arbeitgeber:innen sowohl auf die Stundenproduktivität als auch auf die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung.

---

<sup>1</sup>) <https://www.wifo.ac.at/publication/119357/>, <https://www.wifo.ac.at/publication/53312/>

Die WKO nimmt mit ihrem Netz von **Auslandsrepräsentanzen** und Außenwirtschaftszentren (AC) eine zentrale Funktion beim Zugang zu internationalen Absatz- und Beschaffungsmärkten insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe ein. Die Effekte wurden durch ökonometrische Analysen auf Basis von Außenhandelsdaten näher quantifiziert. Dabei zeigt sich ein Anstieg des Exportwertes von Industriegütern in den Extra-EU-Raum um rund 15%. Die Senkung der Markteintrittsbarrieren durch Auslandsvertretungen ermöglicht Exporte und eine zusätzliche inländische Wertschöpfung von 605 Mio. € bis 907 Mio. € pro Jahr bzw. 0,16% bis 0,24% der realen Wirtschaftsleistung im Jahr 2024.

Schließlich erbringt die Wirtschaftskammer eine Vielzahl von Dienstleistungen für die österreichischen Unternehmen, die von der Beratung von Einzelpersonen und Unternehmen über die Bereitstellung von Infrastruktur im Bereich der Aus- und Weiterbildung bis hin zu Kollektivvertragsverhandlungen und der Begutachtung von Gesetzesentwürfen reichen. Müssten diese Leistungen auf dem freien Markt oder durch die öffentliche Hand erbracht werden, würde dies in vielen Fällen zu höheren Kosten für die Unternehmen oder die Allgemeinheit führen, da die Leistungen teilweise den Charakter **öffentlicher Güter** haben.

Insgesamt basiert die Studie auf mehreren unterschiedlichen Untersuchungsmethoden. Aus der Gesamtheit der Effekte ergibt sich der Befund, dass die Existenz der Sozialpartnerschaft, insbesondere der Wirtschaftskammer, positiv zur gesamtwirtschaftlichen Produktivität beiträgt; ein Kanal dafür ist die Existenz von Außenwirtschaftszentren. Weitere Kanäle bedürften einer vertieften empirischen Untersuchung, etwa mit mikroökonomischen (Unternehmens-)Daten.